

Von: Lothar Gebauer <L.gebauer@wxnet.de>

An: Hubertus.Heil@bundestag.de, Hubertus.Heil.wk01@bundestag.de

Kopie: rente@googlegroups.com

Datum: 14.05.2018 18:43

Sehr geehrter Herr Heil,

sind Sie sich in Ihrem Politiktheater eigentlich noch bewusst, was hier in Deutschland geschieht? Glauben Sie wirklich, dass ein symbolischer, lächerlicher Akt des Unterhalts nach den Regeln einer Gruppe, deren Vorsitzender ein Peter Hartz war, irgendetwas an Ihrem miserablen Ansehen ändert? Der reiche Herr Hartz wird den Tag verfluchen, an dem er zum Maßstab von Armut wurde.

Am besten kenne ich den unfassbaren Betrug an den DDR-Übersiedlern. Damit befasse ich mich, immer noch kopfschüttelnd, seit 20 Jahren. Das Schicksal hat es aber gewollt, dass meine Firma für mich im Jahr 1984 eine Direktversicherung abgeschlossen hat. Damit genieße ich auch noch den Betrug an den Menschen, die wegen einer für die Altersvorsorge angesparten Direktversicherung ihre Krankenversicherung in der Rentnerzeit ein zweites Mal bezahlen müssen. Kennen Sie das unerträgliche Gesülze, das man zum Schaden noch zusätzlich ertragen muss, wenn uns nicht vorhandene Gesetze erklärt werden?

Niemand hat versucht, mit ernsten Mitteln zu ermitteln, was geltendes Recht ist. Ihre Partei, Herr Heil, hatte genau ein Mitglied, Ottmar Schreiner, der wusste, welcher gigantischer Betrug den Übersiedlern angetan wurde. Ich war dabei, als es ihm erklärt wurde: "Es gibt kein Gesetz". Darauf Schreiner, erschrocken, entsetzt: „Deutschland ist ein Rechtsstaat, da passiert nichts ohne Gesetz. Es muss also ein Gesetz geben! Ansonsten bewegen wir uns auf dem Gebiet des Kriminellen“.

So kann man einen „ungesetzlichen Entzug von Vermögenspositionen“ nennen. Alle Anderen aller anderen Parteien waren Blatt im Wind, haben, wenn sie in der Opposition waren, in einer Petition Recht für die Übersiedler gefordert, und wenn sie ein bisschen mitregieren durften haben sie alles vergessen. Außer Ottmar Schreiner war kein Politiker in Ihrer Partei, dem es Herzenssache war, ein geradezu unglaublichen Rechtsbruch zu benennen und zu heilen. Sie haben ein bisschen opponiert, und Sie haben sich ein bisschen geduckt, je nach dem Stirnrunzeln Ihres Koalitionskumpels.

Wenn es ein Gesetz gäbe, es wäre von Abgeordneten geschaffen worden, die 1991 im Bundestag saßen. Da hätte mal einer die Hand heben können (wie Frau Dr. Babel, FDP) und sagen können, müssen, dass er oder sie an einem solchen Gesetz nicht mitgearbeitet hat. Das hätte sich alles 1991 lösen lassen. Wo sind sie, die mutigen Kämpfer gegen das Unrecht?

Nie, Herr Heil, nie hat die SPD versucht, Licht in das grausame Dunkel zu bringen. Ihre Abgeordnete Kolbe hat brav wiederholt, was ihr der Koalitionspartner Peter Weiß vorgesagt hat. Dass das alles grottenfalsch war, dass wir alle nicht am 3. Oktober 1990 Bundesbürger geworden sind, sondern beim jeweiligen Grenzübertritt, hat nicht interessiert, wenn Sie nur die Macht behielten.

Sind Sie sich bewusst, was GRÜN/Dunkelrot mit Ihnen gemacht hat, indem sie die originale Petition der vorangegangenen Legislatur (die SPD war zusammen mit den Grünen in Opposition)

erneut eingebracht hat? Ihre Partei, einst ein Hort des Rechts, war genötigt, die eigene Petition abzulehnen. Frau Nahles hat dabei, wie immer, gelacht. . Hat es da in den Kaffeecorridors des Bundestags Gespräche gegeben, in denen die Scham erkennbar war?

Herr Heil, wir können in Deutschland kein Recht mehr durchsetzen. Das Bundesverfassungsgericht, das deutsche und das europäische, beschränken sich auf die Beurteilung unserer Verfassungsbeschwerden. Und da fallen so kleine Fehler auf, die es dem BVerfG unmöglich machen, in der Sache zu entscheiden. Hunderttausende Rentner werden über Jahrzehnte um ihre Rente betrogen und das höchste Gericht stößt sich an der Form. Was fällt Ihnen dazu ein, Herr Heil?

Tausende Übersiedler werden betrogen, und es gibt keine Instanz, die noch angerufen werden kann. Herr Heil, wir können in Deutschland kein Recht mehr durchsetzen.

Es sind Millionen fremde Menschen in unser Land geströmt. Die überschwemmen auch unsere Justiz mit Klagen. Klagen, die sich auf geltendes deutsches Recht stützen. Sie gewinnen ihre Verfahren, wenn das Recht auf ihrer Seite ist, und sie verlieren, wenn das Recht etwas anderes sagt. Dieses primitive Recht wird den Übersiedlern seit Jahrzehnten vorenthalten. Wir wollen, dass das Recht eingehalten wird, bei den Migranten und bei den Landsleuten. Wir wollen, dass Recht durchsetzbar wird. Ansonsten dürfen wir uns nicht mehr Zivilgesellschaft und Rechtsstaat nennen.

Sie sind jetzt verantwortlicher Minister, Sie haben die Macht (wer sonst?). Es ist in höchstem Maße lächerlich, wenn der einst verantwortliche Minister Blüm klar sagt, dass niemand aus der Zeit des Umbruchs die Renten der DDR-Flüchtlinge angefasst hat. Dann ist das so, dann ist das so seit fast 30 Jahren, dann geschieht seit dieser Zeit schlimmes Unrecht.

Meine erste Petition ist aus dem Jahre 2000. Ich habe damals den Betrug benannt und zur Eile bei dessen Korrektur aufgefordert. Dass mein Land, in das ich unter großen Opfern gegangen bin, in zwanzig Jahren nicht in der Lage ist, furchtbares Unrecht zu heilen, dass stattdessen die Betroffenen von den Politikern, von den Richtern ausgelacht und verhöhnt werden, eine solche Situation war für mich lange Zeit eigentlich unvorstellbar. Eine Korrektur, bei der die Täter das Gesicht nicht verlieren, ist vollkommen undenkbar. Wie will man einem einigermaßen intelligenten Menschen denn erklären, dass die konservative Partei des Rechts, die CDU/CSU sich nicht die Mühe macht, über Jahrzehnte die Aussage des ehemaligen Sozialministers (aus ihrer Partei) zu prüfen, ihn zu befragen? Und Sie, der Koalitionspartner, zwingen diese Leute nicht dazu? Niemand von den Herrschenden hat sich bemüht, das Motiv für die Tat zu ermitteln. Nie wurde ernsthaft untersucht, welche finanziellen Folgen das ungesetzliche Tun hat. Das hätte vorher gemacht werden müssen, dass es nicht gemacht wurde ist ein weiterer von hunderten Beweisen, dass es kein solches Gesetz gibt.

Man will uns weismachen, dass es ein Gesetz gibt, das in den Wirren der Wiedervereinigung die Regierung zwingt, seit Jahrzehnten in das Rentensystem eingegliederte Übersiedler einzugliedern

Ihnen ist nicht mehr zu helfen, am wenigsten durch einen Monat Hartz4.

Mit freundlichen Grüßen  
Lothar Gebauer  
Tel.: 0x0 x22x86x0